



**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 59 17  
Telefax 041 228 67 27  
justiz@lu.ch  
www.lu.ch

Schweizerische Bundeskanzlei  
Sektion Politische Rechte  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Luzern, 14. Juni 2013

Protokoll-Nr.: 715

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die Kantonsregierungen zur Stellungnahme im Zusammenhang mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrates zur Vorlage wie folgt:

Die vorgeschlagenen Änderungen haben teilweise erhebliche Auswirkungen auf die Kantone und die Gemeinden. Insbesondere der mit der Erfassung der AHV-Nummer verbundene Aufwand und Nutzen zur Vermeidung von Mehrfachkandidaturen erachten wir als nicht gerechtfertigt. Dadurch wird das Fehlerrisiko unnötig erhöht. Wir verweisen im Einzelnen auf unsere Ausführungen im Fragebogen.

Wir lassen Ihnen in der Beilage den ausgefüllten Fragebogen zukommen. Sie finden unsere Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen ab Seite 6.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Yvonne Schärli-Gerig  
Regierungsrätin

Beilage erwähnt

auch per E-Mail an: [vernehmlassung.BPR@bk.admin.ch](mailto:vernehmlassung.BPR@bk.admin.ch)